

# Chronologie

Bettina Reiter / Christine Straßmaier

---

## 2007

---

### August

#### 22. August

Finanzdienstleistungen: Die Europäische Zentralbank speist Milliarden Euros in die Finanzmärkte ein, um eine Liquiditätsknappheit zu verhindern, nachdem die Aktien an der Wall Street einen erheblichen Rückgang erlitten hatten.

#### 29. August

Handel und Industrie: Die Kommission veröffentlicht eine Entscheidung, welche die Antidumping-Abgaben auf Importe aus China verlängert, statt abschafft. Ziel ist es den Unternehmen eine Anpassung an sich verändernde Marktbedingungen zu ermöglichen.

#### 31. August – 01. September

Umwelt: Bei einem informellen Treffen, welches von der portugiesischen Präsidentschaft initiiert wurde, diskutieren die europäischen Umweltminister über Möglichkeiten mit den Folgen des Klimawandels, insbesondere der Trockenheit und Wasserknappheit umzugehen. Ergebnisse der Verhandlungen waren die Forderungen nach mehr Koordination vor dem Hintergrund der drohenden Gefahren, besserer Anwendung der EU- Wasserrahmenrichtlinie und gesetzlichen Maßnahmen, um den Empfehlungen der Kommission vom 18. Juli nachzukommen.

### September

#### 03. September

Energieversorgung: Der Parlamentsausschuss für auswärtige Angelegenheiten nimmt einen Resolutionsentwurf an, der die EU auffordert, den Beitritt Russlands zur WTO von der Ratifizierung des Energiechartavertragsexternal durch Russland abhängig zu machen. Der Energiechartavertrag sieht vor, dass „die Vertragsparteien stabile, günstige und transparente Bedingungen für ausländische Investoren fördern und schaffen“ müssen.

#### 04. September

Umwelt: Das Parlament verabschiedet eine Resolution, mit Vorschlägen, welche die Reaktionsfähigkeit der EU bei Notfällen erhöhen sollen. Gefordert werden konkrete Vorschläge der Kommission, insbesondere um die Verfügbarkeit finanzieller Unterstützung zu verbessern.

#### 05. September

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament nimmt eine Resolution an, welche die Kommission auffordert das Verbot von Flüssigkeiten an Bord von Passagierflugzeugen zu überprüfen. Noch während der Abstimmung werden zwei voneinander unabhängige Pläne für Terroranschläge in Deutschland und Dänemark bekannt.

#### 06. September

Verbraucher: Das Parlament nimmt einen Initiativbericht der französischen Sozialdemokratin Béatrice Patrie an, der es europäischen Verbrauchern ermöglichen soll, Sammelklagen gegen Unternehmen einzureichen. Ziel ist die Stärkung des Vertrauens in grenzüberschreitendes Einkaufen.

**08. – 09. September**

Erweiterung und Nachbarn: Bei einem informellen Treffen der EU-Außenminister zur Klärung der Frage nach dem künftigen Status des Kosovo kann keine Einigung erzielt werden.

**12. September**

Umwelt: Der Parlamentsausschuss für Umwelt und Gesundheit stimmt für strengere Genehmigungsverfahren für Pestizide.

**14. September**

Erweiterung und Nachbarschaft: Bei einem bilateralen Gipfeltreffen in Kiew hat die EU die Ukraine aufgefordert ihre politischen und ökonomischen Reformen fortzusetzen.

**17. September**

Infogesellschaft: Der Europäische Gerichtshof bestätigt die Entscheidung der Kommission im Softwarestreit mit Microsoft. Die Entscheidung verpflichtet das Unternehmen den Zugang zu seinen Serverprotokollen zu gewähren und die Media-Player-Software vom Betriebssystem Windows abzukoppeln.

**19. September**

Energieversorgung: Die Kommission stellt das dritte Paket zur Liberalisierung des Energiemarktes vor. Es beinhaltet ein Rahmenprogramm, welches die künftige EU-Politik dirigieren soll und die Bühne für ausführliche Diskussionen eröffnet. Insbesondere wird eine Gegenseitigkeitsklausel als Kompromiss über die Zusammenarbeit mit Russland vorgeschlagen. Die Klausel sieht unter anderem vor, dass Unternehmen aus Drittstaaten denselben Anforderungen gerecht werden müssen, wie EU-Unternehmen.

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission schlägt vor, das Satellitennavigationssystem Galileo vollständig aus dem EU-Haushalt zu finanzieren und damit die Unabhängigkeit Europas in diesem Bereich sicherzustellen.

**20. September**

Justiz und Inneres: Der Rat der Justiz- und Innenminister einigt sich auf einen Nachfolger für den ehemaligen Koordinator für Terrorismusbekämpfung, Gijs de Vries. Javier Solana ernennt den 51-jährigen Jura Professor und ehemaligen belgischen Justizminister Gilles de Kerchove.

Vertrag und Institutionen der EU: Kommissionspräsident José Manuel Barroso fordert bei einem Besuch in Warschau den polnischen Premierminister Jarosaw Kaczyski auf, erneute formelle Fragen zum Entwurf des EU-Reformvertrags zu klären.

**24. September**

Vertrag und Institutionen der EU: Die Regierung der Niederlande verwirft die Idee einer erneuten Volksabstimmung zum neuen EU-Vertrag, um ein ‚Nein‘ der Bevölkerung zu verhindern.

Innovation und Wachstum: Die Kommission eröffnet eine Website, die es Unternehmen erleichtert Empfehlungen zur Verbesserung der EU-Gesetzgebungsprozesse und zur Verringerung des Verwaltungsaufwandes der Unternehmen abzugeben.

**25. September**

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament billigt einen Kompromissvorschlag des Rates über die Öffnung des europäischen Bahnverkehrs und die Festlegung von Fahrgastrechten.

Energieversorgung: Das Parlament stimmt für weitere verbindliche Ziele der EU für erneuerbare Energien in einzelnen Sektoren.

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission stellt ein Grünbuch zum städtischen Nahverkehr vor. Darin enthalten sind zahlreiche Bereiche, in denen die EU tätig werden könnte, um Problemen wie Staus, Verschmutzung und Sicherheitsfragen in europäischen Großstädten gerecht zu werden.

**26. September**

Verbraucher: Das Parlament verabschiedet eine Resolution, welche die Einführung eines EU-Prüfzeichens für Spielzeuge und die zunehmende Kontrolle des Markts fordert. Hintergrund ist ein vorangegangener Skandal über die Qualität von in China hergestelltem Spielzeug.

Justiz und Inneres: Das Parlament unterstützt die Einführung einer neuen Blue Card in der EU für hoch qualifizierte Arbeitsmigranten und fordert die Kommission und den Rat auf, die EU Grenzschutzdienste der Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Europäischen Union stärker zu regulieren.

Energieversorgung: Das Parlament stimmt über die Idee einer stärkeren und einheitlicheren EU-Energiepolitik gegenüber Drittstaaten ab. Demnach soll ein neuer ‚Hoher Beamter‘ und eine Vertragsgrundlage für gemeinsame auswärtige Energiepolitik eingeführt werden.

### **27. September**

Außenpolitik: Die EU-Verteidigungsminister entscheiden eine EU-Truppe in den Tschad und in die zentralafrikanische Republik zu schicken, um Zivilisten vor der in Darfur herrschenden Gewalt zu schützen.

## **Oktober**

### **02. Oktober**

Vertrag und Institutionen der EU: Der Parlamentsausschuss für Konstitutionelle Fragen stimmt einem Plan zur Überarbeitung der Zusammenstellung des Europäischen Parlaments zu.

Vertrag und Institutionen der EU: Rechtsexperten nehmen den EU-Reformvertrag vorläufig an. Damit ist der erste Vertragstext fertig und kann offiziell ausgefertigt und übersetzt werden.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Parlamentsausschuss für Umwelt stimmt für eine Kürzung der CO<sub>2</sub> Emissionen bei internationalen Flügen bereits ab 2010.

### **03. Oktober**

Erweiterung und Nachbarn: Der Parlamentsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nimmt einen Resolutionsentwurf zu den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei an. Insbesondere wird die Wahl des neuen Präsidenten (Abdullah Gül) begrüßt und der Plan der Regierung gelobt, den Reformprozess fortzuführen.

### **05. Oktober**

Vertrag und Institutionen der EU: Die portugiesische Ratspräsidentschaft stellt im Vorfeld des EU-Gipfels am 18. Und 19. Oktober eine rechtlich aktualisierte Version des neuen EU-Vertragsentwurfes in allen Amtssprachen der EU vor.

Bildung: Die Kommission legt einen Fortschrittsbericht über die Lissabon-Ziele im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung vor. Demnach werden viele Mitgliedstaaten den festgesetzten Zielen bei weitem noch nicht gerecht.

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission veröffentlicht Statistiken, die belegen, dass Investitionen von Unternehmen in Forschung und Entwicklung im vergangenen Jahr erneut zugenommen haben. Für 2007 ist ein Investitionszuwachs von 7,4% zu verzeichnen, während die Statistiken von 2006 bereits einen Zuwachs von 5,3% im Vergleich zum Vorjahr zeigten.

### **09. Oktober**

Soziales Europa: Die Kommission nimmt einen überarbeiteten Richtlinienentwurf über Zusatzrentenansprüche von Arbeitern an. Darin enthalten sind vielfach diskutierte Bestimmungen über die Übertragung von Rentenansprüchen auf die gesamte Europäische Union.

Finanzdienstleistungen: Die Finanzminister der EU einigen sich auf eine Vorgehensweise, mit der die Finanzregelungen der EU überarbeitet und der Umgang mit grenzüberschreitenden Bankkrisen verbessert werden soll. Der 15-monatige Fahrplan konzentriert sich auf die Verbesserung der Transparenz, die Verbesserung der Bewertungsart von Investitionen, die Stärkung der Überwachungsmechanismen und die Verbesserung des Funktionierens des Markts.

Umwelt: Der Parlamentsausschuss für Umwelt stimmt für strengere Grenzwerte bei der Bemessung der Luftqualität und für flexiblere Fristverlängerungen bei der Umsetzung. Zudem stimmt der Ausschuss für einen Kommissionsvorschlag, der den Mitgliedstaaten einen erheblichen Handlungsspielraum zum Thema Bodenschutz einräumt.

### **10. Oktober**

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission veröffentlicht ihr erstes ‚Wasserstoffpaket‘. Es beinhaltet den Vorschlag zum Erlass von Verordnungen, welche die Marktzulassung von Wasserstofffahrzeugen erleichtern und eine gemeinsame Technologieinitiative für Brennstoffzellen und Wasserstoffexternal einführen.

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission legt eine Mitteilung für eine umfassende gemeinsame Meerespolitik vor. Wichtige Inhalte dieser sind die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der europäischen Meeresindustrie, der Schutz der maritimen Umgebung und der Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit, der Migration und des Drogenhandels.

### **11. Oktober**

Lebensmittel und Landwirtschaft: Das Parlament nimmt einen Bericht an, der Vorschläge darüber enthält wie EU Agrarausgaben für die Öffentlichkeit transparenter gemacht werden können. Der Bericht begrüßt insbesondere die Pläne, welche die Kommission im Oktober 2006 vorgestellt hatte.

### **15. Oktober**

Erweiterung und Nachbarn: Die Außenminister der EU unterzeichnen ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Montenegro. Es soll Montenegro darin bestärken mit seinen Reformen fortzufahren und eine Verfassung anzunehmen, die internationalen Standards entspricht.

Handel und Industrie: Die Außenminister der EU einigen sich den Handel mit und die Investitionen in Rohstoffe aus Birma in der EU zu verbieten. Diese Sanktionen stellen eine Reaktion auf das burmesische Vorgehen gegen Demonstranten dar.

Weiterhin nehmen die Minister eine Entscheidung der Kommission an, die vorsieht die Anti-Dumping-Abgaben für Importe von Energiesparlampen aus China zu verlängern.

### **17. Oktober**

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission begrüßt das Koalitionsabkommen der Ukraine zwischen den pro-europäischen Parteien.

Umwelt: Die Kommission schlägt strenge Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Meeresökonomie vor. Insbesondere soll gegen das Fischen in verbotenen Gewässern vorgegangen werden. Demnach sollten sich europäische Schiffe künftig eine Genehmigung einholen, um in Gewässern, die keiner internationalen Verordnung unterliegen, dem Fischfang nachzugehen und Importeure sollten beweisen, dass sie ihre Produkte nicht illegal erworben haben.

Soziales Europa: Die Kommission legt eine Mitteilung vor, die Empfehlungen an die Mitgliedstaaten enthält, wie arbeitslose Personen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Ziel ist die Lisabon-Strategie im Bereich der Armutsbekämpfung einzuhalten.

Energieversorgung: Die Kommission eröffnet ein Vertragsverletzungsverfahren gegen 12 Mitgliedstaaten, aufgrund deren Versäumnis Aktionspläne für die Verbesserung der Energieeffizienz vorzulegen.

### **18. Oktober**

Verkehr und Dienstleistungen: Die Kommission legt Pläne zur effizienteren Gestaltung des Güterverkehrs in der EU vor. Enthalten sind Strategien zur Verbesserung der Logistik und der Förderung einer stärkeren Verwendung sauberer Transportmöglichkeiten.

### **18. – 19. Oktober**

Vertrag und Institutionen der EU: Der Europäische Rat einigt sich bei seiner Tagung in Lissabon auf einen neuen EU-Reformvertrag. Entscheidende Änderungen sind unter anderem die neuen Entscheidungsprozesse im Rat, die Einführung eines ständigen Ratspräsidenten und eines Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik, die Reduzierung der Anzahl der Kommissare und die Stärkung der nationalen Parlamente. Grundsätzlich besteht Konsens unter den Mitgliedstaaten, wobei es Polen gelingt den Kompromiss von Ioannina aufzunehmen, Italien einen zusätzlichen Sitz im Europäischen Parlament erhält und das Vereinigte Königreich Ausnahmen im Bereich der Justiz und des Inneren für sich durchsetzt. Zudem sind Polen und Großbritannien von der Grundrechtscharta ausgenommen.

Soziales Europa: Die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten einigen sich bei ihrem Gipfeltreffen in Lissabon auf Prinzipien, wonach sich die Arbeitsmarktformen in den Mitgliedsstaaten richten sollen.

### **23. Oktober**

Handel und Industrie: Die Kommission gibt bekannt von den Mitgliedstaaten ein Mandat zur Aushandlung eines neuen Abkommens mit den wichtigsten Handelspartnern zu verlangen. Ziel ist das Anheben des Niveaus beim globalen Schutz geistiger Eigentumsrechte und die zunehmende Begegnung des Handels mit gefälschter Ware.

Handel und Industrie: Die Kommission legt ihr politisches Programm für das kommende Jahr vor. Die wichtigsten strategischen Prioritäten sind Wachstum und Arbeitsplätze, Klimawandel und Energie, sowie Migration und institutionelle Reformen.

Gesundheit und Lebensstrategie: Die Kommission legt die gesundheitspolitische Strategie der EU für den Zeitraum 2008-2013 vor. Im Vordergrund steht die Förderung der Gesundheit bei alten Menschen und Arbeitnehmern durch nachhaltige Gesundheitssysteme.

Umwelt: Das Parlament stimmt für ein erweitertes Verbot bei der Verwendung von Wirkstoffen zur Herstellung von Pestiziden.

#### **24. Oktober**

Handel und Industrie: Das Parlament stimmt für ein internationales Abkommen, das den verbesserten Zugang von Entwicklungsländern zu Medikamenten thematisiert. Das Abkommen muss weiterhin noch von mindestens zwei Dritteln der WTO-Mitglieder ratifiziert werden.

#### **25. Oktober**

Sport: Die zuständigen EU-Minister für den Bereich Sport diskutieren bei einem informellen Treffen über Änderungen in der EU-Sportpolitik. Sie begrüßen das Weißbuch der Kommission und betonen die Neuheiten, welche der Vertrag von Lissabon in diesem Bereich mit sich bringt.

#### **26. Oktober**

Erweiterung und Nachbarn: Die EU und Russland nehmen hochrangige Gespräche in Mafra, Portugal auf. Bei den vordergründigen Fragen des Handels und der Energie können keine Fortschritte erzielt werden. Russland zeigt sich entrüstet über die europäischen Liberalisierungspläne des Energiesektors. Der Abschluss eines neuen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens wird durch die Auseinandersetzung über Russlands Importverbot von Fleisch aus Polen verhindert.

## **November**

#### **01. November**

Energieversorgung: Die zentralen Akteure im Bereich Energie aus der EU, Afrika und dem Nahen Osten treffen sich in Sharm El Sheik, Ägypten, zu einer Energiekonferenz. Ziel ist die Diskussion über aktuelle Herausforderungen der Energiesicherheit, den Klimawandels und dem verbesserten Zugang zum Energiemarkt. Insbesondere Wege der Kommunikation im Bereich der erneuerbaren Energien und der effizienten Energienutzung werden thematisiert.

#### **05. November**

Innovation und Wachstum: Die Kommission legt einen Wettbewerbsfähigkeitsbericht vor, der die beste Wirtschaftsleistung der EU seit dem Jahr 2000 belegt. Im Jahr 2006 erzielte die EU Wachstumsraten von 3% und einen Anstieg der Arbeitsproduktivität um 1,5%.

#### **06. November**

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission legt einen Fortschrittsbericht über die Türkei vor. Darin wird die Türkei erneut aufgerufen, ihre Reformen weiter voranzubringen und damit die Bedingungen für eine EU-Mitgliedschaft zu erfüllen. Insbesondere im Bereich der Meinungsfreiheit, der Minderheitenrechte und der Rolle des Militärs seien weitere Bemühungen erforderlich.

Justiz und Inneres: Die Kommission veröffentlicht eine Mitteilung, die den Terrorismus als Bedrohung der Gesellschaft thematisiert. Es werden neue Mittel im Kampf gegen den Terrorismus vorgeschlagen. So soll der Rahmenbeschluss zu terroristischen Straftaten erweitert werden, ein EU Aktionsplan zur Sicherheit von explosiven Stoffen ausgearbeitet werden und ein System zur Speicherung von Passagiernamen eingeführt werden.

#### **07. November**

Umwelt: Das Gericht erster Instanz hebt eine Entscheidung der Kommission zum Verbot der nachträglichen Angleichung der Menge an Kohlenstoffzertifikaten auf.

#### **08. November**

Justiz und Inneres: Die Justiz- und Innenminister der EU stimmen für eine Erweiterung des Schengen-Raums um neun weitere der östlichen Mitgliedstaaten. Damit werden ab Dezember 2007 die Kontrollen an den Land- und Seegrenzen und ab März 2008 die Kontrollen für die Luftgrenzen abgeschafft.

#### **13. November**

Sport: Das Parlament nimmt eine Resolution zur Sportpolitik an, die im Wesentlichen mit dem Weißbuch der Kommission übereinstimmt. Insbesondere werden zahlreiche Probleme im Bereich der physischen Ausbildung in der EU charakterisiert und die schwindende Stundenzahl des Sportunterrichts sowie die begrenzten Auswahlmöglichkeiten an Sportarten an europäischen Schulen kritisiert.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament stimmt für eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei Fluggesellschaften, wenn diese dem Emissionshandelssystem der EU beitreten. Ziel ist, dass alle Fluggesellschaften dem System bis 2011 folgen.

Umwelt: Das Parlament stimmt für ein Gesetz zum Schutz von Böden. Hauptsächlich sollen die Mitgliedstaaten demnach Bestandsaufnahmen des Bodens machen und Strategien zur Sanierung des Bodens entwerfen.

### **14. November**

Infogesellschaft: Die Kommission legt einen Vorschlag zur Überarbeitung der EU-Regelungen für den Telekommunikationssektor vor. Geplant wird insbesondere eine europäische Regulierungsbehörde, der unter anderem die Kompetenz erteilt werden soll, Telekommunikationsbetreiber in mehrere Firmen aufzuteilen und außerdem die wirtschaftlichere Handhabung der Rundfunkübertragung.

### **19. November**

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der europäischen Außenminister fordert den Sieger der Wahlen im Kosovo auf noch nicht die Unabhängigkeit des Kosovo zu erklären, um die Gesprächsrunde zwischen Vertretern der USA, der EU und Russland über den Status des Kosovo zu Ende bringen zu können.

### **20. November**

Innovation und Wachstum: Die Kommission legt in einer Mitteilung eine Bestandsaufnahme des Binnenmarkts vor. In Zukunft sollen Verbraucher und Kleine und Mittlere Unternehmen gestärkt, ein Forscherpass eingeführt und die Öffnung der ausländischen Märkte für europäische Unternehmen vorangetrieben werden. Außerdem werden 23 schlecht funktionierende Wirtschaftssektoren genannt, die in den nächsten Jahren modernisiert werden sollen.

Lebensmittel und Landwirtschaft: Die Kommission veröffentlicht Empfehlungen zur Modernisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Insbesondere wird ein strikteres System für Subventionszahlungen und eine weitere Verschiebung der Fonds von direkten Zahlungen zur Förderung der ländlichen Entwicklung gefordert.

### **22. November**

Handel und Industrie: Die Staats- und Regierungschefs Europas und Südostasiens einigen sich bei einem bilateralen Gipfel in Singapur darauf, den Abschluss eines gemeinsamen Abkommens voranzutreiben, um eine der größten Freihandelszonen weltweit zu schaffen.

Innovation und Wachstum: Der EU-Ministerrat der Wettbewerbsminister stimmt für weitere Bemühungen, um die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen in der EU zu verbessern und die nachhaltige Produktion zu unterstützen.

Energieversorgung: Die Kommission stellt einen Strategieplan für Energietechnologie vor. Dieser enthält Initiativen für die Industrie, sowie eine Forderung nach zunehmender Forschung im Bereich der kohlenstoffarmen Technologien.

### **23. November**

Wissenschaft und Forschung: Der EU-Ministerrat der Forschungsminister erreicht einen Kompromiss zur Gründung des europäischen Technologieinstitutes.

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission legt einen neuen Plan zur Finanzierung des Satellitennavigationssystem Galileo vor. Der Plan enthält Neuerungen im Bereich der Verwaltung, Finanzierung und dem industriellen Ausschreibungsverfahren.

Wissenschaft und Forschung: Das Parlament und der Rat erzielen bei einem Versöhnungstreffen einen Konsens über den Haushalt 2008. Insbesondere wird die Finanzierung des Europäischen Technologieinstitutes (ETI) und des Satellitennavigationssystem Galileo bis 2013 festgehalten. Zudem wird zum ersten Mal mehr in Wachstum als in Landwirtschaft investiert.

### **26. November**

Wahlen: Rumänien hält nach seinem EU-Beitritt im Januar 2007 die ersten Wahlen für das Europäische Parlament ab. Die oppositionelle Demokratische Partei geht dabei mit 29,2%, gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei mit 21,7% als Wahlsieger hervor.

### **27. November**

Umwelt: Der Rat der Fischereiminister beschließt einen Wiederaufstockungsplan für den Bestand des Roten Thuns.

Umwelt: Die Kommission legt ihre Ziele für die Klimakonferenz auf Bali vor. Außerdem stellt sie den Fortschritt der EU bezüglich des Kyoto Protokolls vor.

### **29. November**

Infogesellschaft: Das Parlament stimmt für einen Gesetzesakt, der häufigere Werbepausen und die Nutzung versteckter Werbespots bei audiovisuellen Sendungen in der EU erlaubt.

Vertrag und Institutionen der EU: Das Parlament einigt sich auf eine Reform der Finanzierung der europäischen Parteien. Ziel ist die langfristige Verbesserung der finanziellen Lage der europäischen Parteien, um durch verstärkte Wahlkampagnen 2009 eine erhöhte Wahlbeteiligung zu erreichen. Finanziert werden sollen die Parteien in Zukunft auch durch nahe stehende politische Stiftungen.

Infogesellschaft: Der Rat nimmt das Kommissionspaket zur Verbreitung mobiler Fernsehdienste unter den europäischen Verbrauchern an.

Wissenschaft und Forschung: Der Rat stimmt für den Kommissionsplan zur industriellen Ausschreibung des Satellitennavigationssystems Galileo. Der Plan regelt die Aufteilung der Verwirklichung des Satellitennavigationssystems unter den Raumfahrtindustrien der Mitgliedsstaaten.

## **Dezember**

### **03. – 14. Dezember**

Klimawandel: Bei der UN-Klimakonferenz auf Bali treffen sich Wissenschaftler, Experten und Minister aller UN-Nationen, um nach Lösungen für die Herausforderungen des Klimawandels zu suchen. Ergebnis ist ein 2-Jahres Fahrplan für Verhandlungen über die Senkung der Treibhausgasemissionen, die Einrichtung neuer Fonds, welche die Anpassung an den Klimawandel ermöglichen, die Entwicklung neuer Mechanismen gegen die Abforstung und die Einführung von Technologietransfers. Die EU ist mit den Ergebnissen der Verhandlungen zufrieden.

### **04. Dezember**

Finanzdienstleistungen: Der Rat der Finanzminister einigt sich auf die Überprüfung des Lamfalussy-Prozesses, welcher die Gesetzgebungsverfahren der EU für Banken und Versicherungsunternehmen regelt.

Innovation und Wachstum: Die Finanzminister der EU billigen ein Mehrwertsteuer-Reformpaket, in dem unter anderem neu geregelt wird, dass die Mehrwertsteuer auf das Land fällt, in dem sich der Verbraucher und nicht zwangsläufig das Unternehmen befindet.

### **04. – 05. Dezember**

Vertrag und Institutionen: Vertreter der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments treffen sich in Brüssel zu Diskussionen über die Zukunft der EU. Einigkeit besteht über die Tatsache, dass die Rolle der nationalen Parlamente bei der Entscheidungsfindung der EU gestärkt wird.

### **05. Dezember**

Sicherheit: Die Kommission legt ein neues Verteidigungspaket vor. Es beinhaltet eine Mitteilung zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Verteidigungssektors, eine Richtlinie über die Beschaffung von Verteidigungsgütern und eine Richtlinie über innereuropäische Transfers von Verteidigungsgütern.

### **08. – 09. Dezember**

Handel und Industrie: Die Staats- und Regierungschefs der EU und Afrika treffen sich zum EU-Afrika Gipfel. Ergebnis ist die Unterzeichnung einer „Partnerschaft der Gleichen“, welche die Beziehungen zwischen den Kontinenten stärken soll und den Einfluss Chinas auf die ehemaligen europäischen Kolonien schmälern soll. Das Dokument enthält Regelungen zu gemeinsamen Investitionen sowie zur Zusammenarbeit in den Bereichen der Entwicklung, Friedenssicherung und Menschenrechte.

### **10. Dezember**

Erweiterung und Nachbarn: Die Außenminister der EU können sich nicht auf eine gemeinsame Haltung bei der Frage des künftigen Status des Kosovo einigen.

Erweiterung und Nachbarn: Der Rat der europäischen Außenminister nimmt ein Dokument zur Erweiterung der EU an. Darin wird das Ziel der vollständigen Mitgliedschaft der Türkei zur EU versichert, jedoch der Begriff Beitritt nicht erwähnt. Außerdem werden die weiteren Reformzusicherungen der türkischen Regierung begrüßt und die Türkei aufgefordert sich zu nachbarschaftlichen Beziehungen mit Zypern zu verpflichten.

### **11. Dezember**

Innovation und Wachstum: Die Kommission veröffentlicht eine Mitteilung, in welcher der Fortschritt der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Lissabon-Strategie dokumentiert wird. Das ökonomische Wachs-

tum der EU erhöhte sich 2006 gegenüber dem Vorjahr um 1,2% und die Beschäftigungsraten liegen bei 66%, nahe dem Ziel der Lissabon-Strategie von 70%. Dennoch müssen die Staaten laut der Kommission ihre Reformen fortsetzen und insbesondere Kleine und Mittlere Unternehmen unterstützen.

Innovation und Wachstum: Das Parlament nimmt einen Vorschlag der Kommission zur Kompatibilität elektronischer Zollsysteme in den Mitgliedstaaten an.

Umwelt: Das Parlament nimmt eine Richtlinie an, welche die künftigen Leitlinien für den Schutz der europäischen Meeresumwelt festlegt. So sollen die europäischen Meeresregionen in Einheiten aufgeteilt werden, die gemeinsame Strategien für ihre Gewässer entwerfen.

Umwelt: Der Rat einigt sich auf eine neue Gesetzgebung für Luftqualität, welche Begrenzungen für die Feinstaubverschmutzung in der EU setzen soll. Das Parlament nimmt diese Gesetzgebung in einer anschließenden Sitzung an.

### **12. Dezember**

Vertrag und Institutionen der EU: Die Präsidenten der Kommission, des Parlaments und des Rates verkünden in der Europäischen Versammlung in Straßburg die Charta der Grundrechte. Sie enthält neben den üblichen Bürgerrechten auch politische, wirtschaftliche und soziale Rechte.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament nimmt einen Bericht an, wonach das Monopol der Autohersteller beim Verkauf von Ersatzteilen beschränkt werden soll und damit die Kosten der Verbraucher gesenkt werden sollen.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament stimmt für einen Gesetzesakt, welcher der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) mehr Zuständigkeiten zugesichert werden. Ziel dessen ist die Angleichung der vielfältigen Luftsicherheitsstandards in den Mitgliedstaaten.

### **13. – 14. Dezember**

Vertrag und Institutionen der EU: Die Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichnen in Lissabon den neuen EU-Vertrag. Ziel des Vertrags ist insbesondere die Vereinfachung des Entscheidungsprozesses, die Schaffung größerer Transparenz, sowie eine Ausweitung der Kompetenzen der EU auf in neuen Bereichen. Der britische Premierminister traf – wie bereits im Vorfeld angekündigt – verspätet zu der Zeremonie ein.

Erweiterung und Nachbarn: Der Europäische Rat entscheidet eine Zivilmission in den Kosovo zu schicken und eine unilaterale Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht zu unterstützen.

Vertrag und Institutionen der EU: Der Europäische Rat einigt sich auf die Gründung einer Reflexionsgruppe, welche die EU in der Gestaltung der Zukunft unterstützen soll.

### **14. Dezember**

Wissenschaft und Forschung: Zwei Exekutivagenturen im Bereich der Forschung und Entwicklung werden gegründet, um die Verwaltung von Projektvorschlägen und die Evaluation des siebten Forschungsrahmenprogramms durchzuführen, sowie die Effizienz des Forschungsmanagements erhöhen.

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission veröffentlicht eine Strategie zur Investierung öffentlicher Gelder in risikoreiche High-Tech Forschung. Ziel ist zu verhindern, dass mitgliedstaatliche Regelungen den EU-Verordnungen widersprechen.

### **17. Dezember**

Energieversorgung: Die Energieminister der EU und der Mittelmeerländer treffen sich in Zypern zur Energieministerkonferenz. Ergebnis ist ein sechsjähriger Aktionsplan, wonach ein gemeinsamer Energiemarkt zwischen Europa und der Mittelmeerregion geschaffen werden soll.

Umwelt: Der Rat der Agrarminister einigt sich auf die neue EU-Regelung zur Verwendung von Pestiziden. Die Ergebnisse der Einigung werden der Öffentlichkeit erst im Januar 2008 bekannt gegeben.

### **18. Dezember**

Finanzdienstleistungen: Die Kommission legt ein Weißbuch vor, das eine Reihe von Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Förderung des Wettbewerbs bei europäischen Hypothekenkrediten enthält.

Öffentliche Meinung: Die Institutionen der EU nehmen eine Verordnung an, welche die europäischen Parteien stärken soll. Durch parteinahe Stiftungen sollen die Parteien mitfinanziert werden, um bei der Europawahl 2009 über ein höheres Budget zu verfügen. Ziel dessen ist eine erhoffte Erhöhung der Wahlbeteiligung.



### 19. Dezember

Erweiterung und Nachbarn: In den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden zwei weitere Kapitel geöffnet. Während einer Beitrittskonferenz in Brüssel wird erstmals über Transeuropäische Netze und Verbraucher- und Gesundheitsschutz verhandelt.

Lebensmittel und Landwirtschaft: Der Rat der EU-Agrarminister einigt sich auf ein Reformpaket für den europäischen Weinsektor. Verhandelt wurde über die nationalen Finanzrahmen, die Rodung von Weinbergen, die Etikettierung, Anzuckerung und Destillierung.

Finanzdienstleistungen: Die Kommission entscheidet sich gegen multilaterale Interbankenentgelte von MasterCard, da diese sich wie eine Verbrauchersteuer auswirken würden.

### 20. Dezember

Verkehr und Dienstleistungen: Die Umweltminister der EU erreichen einen Kompromiss, der das Flugwesen in das CO<sub>2</sub>-Handelssystem der EU einschließen soll.

Gesundheitspolitik: Die Kommission legt einen Bericht über die Beschleunigung der Entwicklung des E-Health-Markets in Europa vor. Dieser enthält eine Reihe von Empfehlungen für Investitionsfelder und zielt auf die Erhöhung der wirtschaftlichen Gewinne, sowie die Verbesserung der Gesundheitsdienste ab.

---

## 2008

---

### Januar

#### 01. Januar

Ratspräsidentschaft: Vom 1. Januar an übernimmt Slowenien den Vorsitz im Rat der Europäischen Union unter der Leitung des slowenischen Außenministers Dimitrij Rupel. Schwerpunkte der Ratspräsidentschaft sind die Vorantreibung des Ratifizierungsprozesses des Vertrags von Lissabon, eine Aufwertung des Politikfeldes Energie und Klimawandel, Bemühungen um eine Stabilisierung der Westbalkan-Region, sowie die Förderung des Dialogs zwischen unterschiedlichen Kulturen und Glaubensrichtungen vor allem mit den Ländern des westlichen Balkan.

Währungsunion: Zypern und Malta führen den Euro ein, der das zyprische Pfund und die maltesische Lira ersetzt. Offiziell gelten beide Zahlungsmittel bis 1. Februar.

#### 07. Januar

Innovation und Wachstum: Die Kommission legt einen Vorschlag zur Regulierung des europäischen Risikokapitalmarkts vor. Ziel ist es kleinen Unternehmen den Zugang zu Risikokapital zu ermöglichen.

Erweiterung und Nachbarn: In einer Stellungnahme lobt die slowenische EU-Ratspräsidentschaft den friedlichen Ablauf der Präsidentschaftswahlen in Georgien vom 5. Januar. Darüber hinaus wird die neue georgische Regierung aufgefordert die Entwicklung von Autonomie und Unabhängigkeit in den Bereichen Justiz und Medien voranzutreiben.

Innovation und Wachstum: Die Kommission verkündet die Annahme einer Mitteilung am 21. Dezember 2007 über eine Leitmarkt-Initiative für Europa. Die sechs Leitmärkte sind demnach: Elektronische Gesundheitsdienste (E-Health), technische Textilien, nachhaltiges Bauen, Wiederverwertung, biobasierte Produkte und erneuerbare Energien.

#### 08. Januar

Kultur: In Ljubljana 2008 offiziell als das Europäische Jahr des Interkulturellen Dialogs eingeläutet. Ziel ist es, den EU-Bürgern zu helfen, in einem mehrschichtig kulturellen Umfeld zurechtzukommen und dabei den Dialog zwischen Christentum und Islam zu fördern.

#### 11. Januar

Verkehr und Dienstleistungen: Mitglieder des Parlaments und Vertreter der Mitgliedstaaten einigen sich auf einen Rechtsrahmen bezüglich der Luftsicherheit. Demnach steht es jedem Mitgliedstaat frei von wem die Sicherheitskosten getragen werden sollen. Außerdem sollen die Sicherheitsmaßnahmen vereinheitlicht werden.

**14. Januar**

Verbraucher: Die Kommission nimmt einen Vorschlag zur Ergänzung der Verordnung über neuartige Lebensmittel an. Ziel dessen ist es, den Eintritt sicherer und neuartiger Lebensmittel in den EU-Markt zu beschleunigen und Methoden zur Lebensmittelproduktion zu fördern.

Infogesellschaft: Die Kommission leitet zwei neue Ermittlungsverfahren gegen Microsoft in die Wege. Es besteht der Verdacht, dass Microsoft seine Monopolstellung ausnutze und seine Produkte unrechtmäßig an ein Betriebssystem knüpft.

**15. Januar**

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament stimmt für die Aufnahme einer Klausel, die es Flughäfen ermöglicht zukünftige Infrastrukturentwicklungen durch erhöhte Gebühren vorzufinanzieren.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament nimmt einen Bericht an, wonach es Automobilherstellern ermöglicht werden soll, die Reduktionsziele für Kohlenstoffdioxidemissionen in weiteren drei Jahren umzusetzen.

**16. Januar**

Finanzdienstleistungen: Das Parlament verabschiedet die lange Zeit sehr umstrittene Richtlinie für Verbraucherkredite. Diese gesteht den Bürgern innerhalb der EU nun dieselben

Rechte und Standards zu und ermöglicht den Vergleich von Angeboten für Darlehen für den Kauf von Elektrogeräten.

Handel und Industrie: Das Parlament stimmt für eine Genehmigung der EU-Unternehmen, bestimmte im Vorfeld zugelassene chemische Substanzen, ohne Zustimmung der Importstaaten zu exportieren. Ziel ist es den Chemikaherstellern neue Exportmöglichkeiten zu eröffnen, ohne Umweltstandards zu verletzen.

**22. Januar**

Innovation und Wachstum: Das Parlament nimmt einen Bericht an, der die Kommission auffordert Steuererleichterungen und ermäßigte Mehrwertsteuersätze für Kulturprodukte zu verhängen. Ziel dessen ist die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Unterstützung des Kultursektors, einen größeren Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu leisten.

Finanzdienstleistungen: Der Rat entschließt eine Aufforderung an die Industrie den einheitlichen europäischen Zahlungsraum zu vollenden.

**23. Januar**

Klimawandel: Die Kommission legt Ziele für CO<sub>2</sub>-Senkungen und erneuerbare Energien vor. Das neue System soll 2013 in Kraft treten und enthält unter anderem folgende Punkte: die Senkung der gesamten Industrieemissionen bis 2020, die Erweiterung des Systems um neue Sektoren, neue nationale Ziele, orientiert am nationalen BIP und die Erbauung kleinerer Anlagen.

Energieversorgung: Die Kommission legt Ziele vor, mit deren Hilfe der Gesamtverbrauch an erneuerbaren Energien in der EU bis 2020 auf 20% gesteigert werden soll.

**24. Januar**

Energieversorgung: Die Kommission schlägt die Gründung einer neuen europäischen Agentur zur Liberalisierung des europäischen Energiemarkts vor. Aufgabe dieser soll die Kontrolle der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bei der Gas- und Stromübertragung zwischen den Mitgliedstaaten sein.

**25. Januar**

Gesundheit und Lebensstil: Die Kommission schlägt eine Richtlinie vor, die Maßnahmen zur Sichelzeugsicherheit in der EU enthalten soll. Gesundheitsgefährdende Chemikalien sollen demnach bei der Herstellung von Spielzeugen verboten werden.

**28. Januar**

Finanzdienstleistungen: Der neue einheitliche Euro-Zahlungsverkehrsraum tritt in Kraft. Er soll Preissenkungen für Verbraucher und neue Geschäftsmöglichkeiten für Banken und Betreiber von Zahlungsverkehrssystemen bewirken.

Außenpolitik: Der Rat der Außenminister entscheidet eine 3.700 Mann starke humanitäre Mission in den Tschad und in die Zentralafrikanische Republik zu schicken.

### **29. Januar**

Energieversorgung: Die Kommission legt eine Mitteilung zur Einschätzung der Energiesparpläne der Mitgliedstaaten aus dem vergangenen Jahr vor. Darin wird die mangelnde politische Bereitschaft zur Senkung des Energieverbrauchs auf nationaler Ebene bekundet.

### **31. Januar**

Umwelt: Das Parlament nimmt einen Bericht an, welcher den Plan der Baumkurren- und Dorffischerei als Pilotprojekte zur Abschaffung von Rückwürfen auf den gesamten EU-Fischereisektor ausweiten will.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament stimmt positiv über eine Richtlinie zum uneingeschränkten Wettbewerb der Postbetreiber ab. Ziel der Richtlinie ist es, die Qualität und Effizienz der Postdienste in Europa zu verbessern.

## **Februar**

### **04. Februar**

Vertrag und Institutionen der EU: Das rumänische Parlament ratifiziert den Vertrag von Lissabon. Unterdessen hat das französische Parlament eine Verfassungsänderung angenommen, die notwendig war, um den Ratifizierungsprozess einzuleiten.

### **04.-06. Februar**

Außenpolitik: Die EU-Troika reist in den Südkaukasus und trifft sich mit Regierungsvertretern Aserbaidschans, Georgiens und Armeniens.

### **05. Februar**

Erweiterung und Nachbarn: Die Staats- und Regierungschefs der EU begrüßen die Wiederwahl des proeuropäischen serbischen Präsidenten Boris Tadic.

Justiz und Inneres: Die Zwischenberichte über den Fortschritt Rumäniens und Bulgariens in den Bereichen Justizreform, Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen, zeigen enorme Defizite der beiden Länder auf.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Kommissar für Forschung, Janez Potonik, eröffnet das auf sieben Jahre angelegte und 1,6 Milliarden Euro schwere Forschungsprojekt „Sauberer Himmel“. Ziel des Projekts ist es, die Flugindustrie bei der Entwicklung umweltfreundlicher, CO<sub>2</sub>-armer Technologien zu unterstützen.

### **07. Februar**

Vertrag und Institutionen der EU: Das französische Parlament ratifiziert den Vertrag von Lissabon. Unterdessen hat das slowakische Parlament auf Grund von Uneinigkeiten die Abstimmung über die Ratifizierung des Vertrags auf unbestimmte Zeit verschoben.

### **12. Februar**

Nachbarn und Erweiterung: Der Kommissar für Unternehmen, Günther Verheugen und der türkische Botschafter bei der EU, Volkan Bozkir unterzeichnen eine gemeinsame Absichtserklärung, die den Beitritt der Türkei zum ‚Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation‘ der Union erklärt.

Außenpolitik: Die EU nimmt die Stationierung der EU-Friedensmission in Darfur, im Osten des Tschads wieder auf, nachdem das Vorhaben auf Grund schwerer Kämpfe in der Hauptstadt N'Djamena ausgesetzt worden war.

### **13. Februar**

Justiz und Inneres: Die Kommission legt Pläne für die Einrichtung eines europäischen Grenzschutzes vor. Außerdem setzt sie sich dafür ein, dass Reisende ihre Fingerabdrücke bei ihrer Einreise in die Europäische Union hinterlassen.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern der Russischen Föderation.

### **17. Februar**

Erweiterung und Nachbarn: Das Parlament des Kosovo nimmt eine Entschließung an, in der die Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien erklärt wird. Der serbische Präsident Boris Tadic und Regierungschef Vojislav Kostunica lehnen die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo ab.

### **18. Februar**

Erweiterung und Nachbarn: Dem Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen gelingt es nicht, eine gemeinsame Position gegenüber der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo anzunehmen. Spanien, Zypern und Rumänien fürchten, der Kosovo könne einen Präzedenzfall für separatistische Bewegungen im eigenen Land schaffen. Frankreich hat hingegen als erstes europäisches Land die Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt.

Erweiterung und Nachbarn: Der Präsident des Parlaments, Hans-Gert Pöttering ruft in einer Erklärung zum Kosovo alle Beteiligten zur Ruhe und Besonnenheit auf. Die Situation im Kosovo sei einzigartig und stelle keinen Präzedenzfall dar.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern Montenegros.

### **19. Februar**

Inneres und Justiz: Das Parlament lehnt einen Bericht des Ausschusses für bürgerliche Freiheit, Justiz und Inneres zur Terrorismusbekämpfung ab. In diesem Bericht forderte der Ausschuss eine umfassende Strategie gegen Terrorismus. Diese sieht die Überwachung und Bekämpfung der Verbreitung terroristischer Propaganda vor und fordert alle Mitgliedstaaten auf, die Überwachung aller Orte zu verstärken, an denen Propaganda in der Absicht verbreitet wird, Menschen dazu zu verleiten, terroristische Handlungen zu begehen.

### **20. Februar**

Erweiterung und Nachbarn: Das türkische Parlament verabschiedet ein Gesetz, mit dem durch den Staat beschlagnahmtes Eigentum an Stiftungen christlicher und jüdischer Minderheiten zurückgegeben wird. Damit erfüllt die Türkei eine weitere Vorbedingung für ihre EU-Mitgliedschaft.

Vertrag und Institutionen der EU: Das Parlament nimmt den Vertrag von Lissabon an und fordert die Ratifizierung des Vertrags in allen EU-Mitgliedsstaaten bis zum 1. Januar 2009 abzuschließen, damit die Bürger bei den Parlamentswahlen 2009 ihre Stimme in voller Kenntnis des neuen institutionellen Rahmens der Europäischen Union geben könnten.

Außenpolitik: Das Parlament verabschiedet die EU-Strategie für Zentralasien. Diese enthält Vorhaben für die Beziehungen mit den zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Das Parlament begrüßte die Annahme der Strategie, kritisierte jedoch deren zögerliche Umsetzung.

### **21. Februar**

Wirtschaft und Euro: Das Parlament stimmt für das so genannte „Binnenmarktpaket“ („goods package“), das die gegenseitige Anerkennung von Produkten, die Marktüberwachung und die Produktkennzeichnung regelt. Das Paket zielt unter anderem auf die Stärkung des Binnenmarkts, die Vereinfachung der Produktzulassung und die Erhöhung der Produktsicherheit ab.

Außenpolitik: Die Troika trifft sich mit Regierungsvertretern Afghanistans.

### **22. Februar**

Wirtschaft und Euro: Die Kommission senkt in Folge jüngster Probleme der Weltwirtschaft ihre EU-weite Wachstumsprognose für 2008 um zwei Prozent und erwartet einen Anstieg der Verbraucherpreise.

### **26. Februar**

Soziales Europa: Die Kommission legt Berichte vor, die belegen, dass die Zahl der Arbeitsplätze in der EU kontinuierlich steigt. Der Bericht fordert jedoch weitere Bemühungen, damit der erreichte Fortschritt für alle von Nutzen sein könne.

### **27. Februar**

Prioritäten der EU und öffentliche Meinung: Die EU eröffnet ein Internetforum, mit Hilfe dessen die Kommunikation zwischen jungen berufstätigen Menschen und den EU-Institutionen verbessert werden soll.

Infogesellschaft: Die Kommission auferlegt dem Unternehmen Microsoft ein Bußgeld von 899 Millionen Euro für den Missbrauch seiner marktbeherrschenden Stellung. Damit sind dem Unternehmen insgesamt fast 1,7 Milliarden Euro in Rechnung gestellt worden.

## März

### 03. März

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission kündigt an, GÉANT, ein Netz europäischer Computer, das nationale Forschungs- und Bildungsnetze verknüpft, mit seinen Pendants in anderen Regionen der Welt zu verbinden, um ein weltweites Forschungsnetzwerk zu schaffen. Ziel ist es, eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Studenten zu ermöglichen.

Inneres und Justiz: Die Kommission legt ihr Grünbuch „Effiziente Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in der Europäischen Union“ vor. Mit diesem Grünbuch will die Kommission eine umfassende Konsultation über die Verbesserung der Transparenz des Schuldnervermögens anstoßen.

### 04. März

Erweiterung und Nachbarn: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel macht ihre Unterstützung gegenüber dem Plan einer Mittelmeerunion des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy deutlich.

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission stellt neue Maßnahmen vor, um die Vorbereitungen aller Staaten des Westbalkans im Hinblick auf einen EU-Beitritt zu beschleunigen. Zu diesen zählen Visa-erleichterung, Verhandlungen über eine „Verkehrsgemeinschaft“ und eine weitere Unterstützung der Zusammenarbeit im Bereich Bildung.

### 05.-06. März

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit dem kanadischen Außenminister und der amerikanischen Außenministerin in Brüssel.

### 07. März

Energieversorgung: Der Europäische Gerichtshof hat gegen die spanische Energieregulierungsbehörde entschieden, die zuvor erfolgreich den Versuch einer Übernahme von Endesa durch den deutschen Konzern E.ON verhindert hatte.

### 11. März

Inneres und Justiz: Das Parlament verabschiedet die neue EU-Luftsicherheits-Verordnung, die auf eine Erhöhung der Flugverkehrssicherheit abzielt. Die Verordnung legt gemeinsame Sicherheitsnormen fest, etwa bezüglich der Durchsuchung von Fluggästen und Handgepäck, Zugangskontrollen oder Luftfahrzeug-Sicherheitskontrollen. Erstmals werden auch „Sicherheitsmaßnahmen während des Fluges“ geregelt, etwa der Einsatz von begleitenden Sicherheitsbeamten („sky marshals“) oder das Mitführen von Waffen an Bord.

Wissenschaft und Forschung: Das Parlament stimmt der Errichtung des Europäischen Innovations- und Technologieinstituts zu. Damit kann das Institut bereits im Sommer mit seiner Arbeit beginnen und bis Ende 2009 die ersten „Wissens- und Innovationsgemeinschaften“ auswählen.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern der Ukraine.

### 12. März

Sicherheit: Auf einem Treffen zwischen Justizbeamten der EU und den USA, geben die USA dem Druck der Kommission, über ein EU-weites Abkommen für visumfreies Reisen zu verhandeln, nicht nach. Zudem werden die USA damit fortfahren, bilaterale Abkommen mit einzelnen Mitgliedstaaten abzuschließen.

### 13. März

Nachhaltige Entwicklung: Das Parlament billigt den Globalen Dachfonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energien, in den mehr als 100 Millionen Euro fließen werden. Die Kommission hofft, dass dies zu Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro für umweltfreundliche Energieprojekte in Entwicklungsländern führen werde.

### 13.-14. März

Vertrag und Institutionen der EU: Die Staats- und Regierung der EU kommen zum Europäischen Rat in Brüssel zusammen. Zentrale Themen des Frühjahrsgipfels sind traditionell wirtschaftliche Themen, wie die Eröffnung des zweiten 3-Jahres Zyklus der Lissabon Strategie, Fragen der zukünftigen Klima- und Energiepolitik, eine bessere Rechtssetzung und der Bürokratieabbau sowie die Stabilität der Finanzmärkte.

Klimawandel: Der Rat der Europäischen Union hat versprochen, bis Ende des Jahres zu einer Einigung über die kontroversen Gesetzen zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen sowie zu erneuerbaren Energien zu finden. Ziel ist es, somit eine starke Position in den internationalen Klimaverhandlungen zu behalten.

Den energieintensiven Industriezweigen wurde zugesichert, dass die Maßnahmen ihre Wettbewerbsfähigkeit wahren würden.

### 14. März

Erweiterung und Nachbarn: Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat einen „vorläufigen Zeitplan“ für den Abschluss der EU-Mitgliedschaftsgespräche mit Kroatien bestimmt: Sie sollen bis November 2009 beendet werden, damit das Land voraussichtlich 2010 der EU beitreten kann.

Erweiterung und Nachbarn: Der Europäische Rat billigt die Schaffung einer „Union für das Mittelmeer“. Diese Initiative des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy hat das Ziel, die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarn aus Nordafrika und dem Nahen Osten auszubauen.

### 19. März

Public Affairs: Die Kommission nimmt eine Verordnung an, nach der ab 2009 alle Mitgliedstaaten eine Liste aller Empfänger von landwirtschaftlichen EU-Subventionen sowie die vollständigen Einzelheiten über die Höhe der erhaltenen Mittel offen legen müssen. Die Angaben müssen bis zum 30. April 2009 auf eigens dafür vorgesehenen Internetseiten der Länder veröffentlicht werden. So kann die Öffentlichkeit nachvollziehen, wofür die Gelder aus dem Haushalt der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) genutzt werden.

### 25. März

Außenpolitik: Der Präsident des Parlaments, Hans-Gert Pöttering, forderte die Staats- und Regierungschefs der EU auf, die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking zu boykottieren, sollte China seine Vorgehensweise gegen die Proteste in Tibet nicht mildern.

Vertrag und Institutionen der EU: Das bulgarische Parlament ratifiziert den Vertrag von Lissabon.

### 27. März

Energieversorgung: Nach einem zweitägigen bilateralen Gipfel unterzeichnen Frankreich und Großbritannien eine neue Vereinbarung, in der sich Frankreich bereit erklärt, Großbritannien bei der Entwicklung einer neuen Generation von Atomkraftwerken zu unterstützen.

### 30. März

Verkehr und Dienstleistungen: Das „Open Skies“-Abkommen tritt in Kraft, wodurch europäische und amerikanische Fluggesellschaften nun jeden beliebigen Flughafen auf beiden Seiten des Atlantiks anfliegen dürfen.

Vertrag und Institutionen der EU: Die Regierung und die nationalistische Opposition Polens haben eine Einigung hinsichtlich des Vertrags von Lissabon erzielt. Damit fand eine Auseinandersetzung ein Ende, welche die polnische Ratifizierung des Texts gefährdet hatte, für den sich die Nationalisten während eines Gipfels im vergangenen Jahr stark eingesetzt hatten.

## April

### 02. April

Außenpolitik: Kommissionspräsident José Manuel Barroso beschreibt bei einem Treffen mit dem australischen Premierminister Kevin Rudd in Brüssel die Beziehung zwischen der EU und Australien als zentrale Partnerschaft. Er betonte den gemeinsamen Wunsch, das Verhältnis weiter auszubauen.

Wirtschaft und Euro: Die Kommission legt ihr Weißbuch „Schadenersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts“ vor. Mit diesem Weißbuch verfolgt die Kommission das Ziel, die rechtlichen Rahmenbedingungen für Geschädigte von Wettbewerbsverstößen so zu verändern, damit diese ihre Ansprüche auf Entschädigung wirksamer verfolgen können.

### 03. April

Erweiterung und Nachbarn: Ein Grenzübergang in einer Einkaufsstraße der zypriotischen Hauptstadt wird geöffnet und stärkt die Hoffnung auf Wiedervereinigung und Aussöhnung der geteilten Insel. Seit über 40 Jahren war der Übergang zuvor geschlossen gewesen.

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission bietet denjenigen Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik, welche die besten Fortschritte verzeichneten, die Verstärkung der bilateralen Beziehungen an. Hierzu zähle auch eine Anhebung der finanziellen Unterstützung.

### **07 April**

Soziales Europa: Der Europäischen Gerichtshofs verbietet die Verpflichtung zu Mindestlöhnen in öffentlich ausgeschriebenen Aufträgen. Das Urteil könnte zur Überarbeitung einer EU-Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern führen.

Erweiterung und Nachbarn: Der amtierende Filip Vujanovic ist aus den ersten Präsidentschaftswahlen in Montenegro seit dessen Unabhängigkeitserklärung von Serbien im Mai 2006 als Sieger hervorgegangen. Das Ergebnis wird als Unterstützung von Vujanovics Politik zur weiteren EU-Integration verstanden.

### **08. April**

Verkehr und Dienstleistungen: Die EU-Verkehrsminister lehnten Vorschläge der Kommission ab, die Union besser vor Meeresverschmutzung zu schützen. Sie näherten sich jedoch einer Einigung über die umstrittene Öffnung der Transport- und Busdienste zur Erhöhung des Wettbewerbs.

### **09. April**

Handel und Industrie: Die Kommission schlägt nach Ablauf der Hälfte der für die Millenniums-Entwicklungsziele vorgesehenen Zeit Alarm, da die jüngsten Zahlen zeigen, dass die Entwicklungshilfe in den meisten Mitgliedstaaten sinken.

Vertrag und Institutionen der EU: Der Nationalrat des österreichischen Parlaments stimmt über die Annahme des Vertrags von Lissabon ab. Es lehnte dabei die Forderungen zweier rechter Minderheitenparteien ab, ein Referendum über den Vertrag abzuhalten.

### **9.-10. April**

Außenpolitik: Die EU-Troika kommt in der turkmenischen Hauptstadt Ashgabat mit den Außenministern fünf zentralasiatischer Länder zusammen. Im Mittelpunkt der zweitägigen Gespräche steht die Umsetzung der EU-Zentralasien-Strategie, die vor fast einem Jahr angenommen worden war und sich mit Energiefragen und Menschenrechten befasst.

### **10. April**

Wirtschaft und Euro: Das Parlament billigt die Teilnahme der EU am gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprogramm Eurostars. Dieses Programm unterstützt Forschung und Entwicklung betreibende Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) im Rahmen transnationaler marktorientierter Forschungsprojekte.

### **11. April**

Vertrag und Institutionen der EU: Das slowakische und polnische Parlament ratifizieren den Vertrag von Lissabon.

Außenpolitik: Das Parlament stimmt für eine Entschließung, welche die Staats- und Regierungschefs der EU dazu ermahnt, die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele 2008 in Peking zu boykottieren, solange China nicht einwilligt, Gespräche mit dem Dalai Lama aufzunehmen.

Bildung: Die Kommission eröffnet, 20 Jahre, nachdem die Mobilität für Hochschulstudenten durch das europäische System zur Anrechnung von Studienleistungen vereinfacht wurde, ein eigenes EU-weites System für Auszubildende.

### **13. April**

Erweiterung und Nachbarn: Bulgariens Innenminister Rumen Petkov ist nach einem einmonatigen Korruptionsskandal zurückgetreten. Dieser Vorfall betont die fortwährenden Probleme des neuen EU-Mitglieds im Bereich Korruptionsbekämpfung und Justizreform.

### **14. April**

Umwelt: Der Ministerrat nimmt die neue EU-Richtlinie zur Luftqualität an, die verbindliche EU-weite Grenzwerte für Feinstaubemissionen festlegt. Die Richtlinie verpflichtet Mitgliedstaaten, in städtischen Gebieten die PM<sub>2,5</sub>-Exposition bis 2020 gegenüber den 2010 gemessenen Werten um durchschnittlich 20% zu reduzieren. In anderen Gebieten müssen Mitgliedstaaten den PM<sub>2,5</sub>-Grenzwert von 25 Mikrogramm pro Kubikmeter einhalten, der möglichst bereits ab 2010 erreicht werden sollte, spätestens jedoch ab 2015 vorgeschrieben ist.

### **14.-16. April**

Außenpolitik: Die Kommissarin für Außenbeziehungen und Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero-Waldner stattet Saudi Arabien, Bahrain und Qatar einen offiziellen Besuch ab, um die Möglichkeiten für ein stärkeres Engagement der EU in der Region zu prüfen. Dabei stehe die Gespräche über gemein-

same Interessen, die Beziehungen der EU zum Golf-Kooperationsrat und die Intensivierung der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Umwelt und Energie im Mittelpunkt ihres Besuchs.

### **16. April**

Erweiterung und Nachbarn: Das bosnische Parlament hat sich in einer Abstimmung für eine Reform des Polizeiwesens entschieden. Somit hat der Balkanstaat die letzte Hürde genommen, die der Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommen mit der EU im Weg stand.

### **17. April**

Energieversorgung: Die EU befindet sich in der abschließenden Phase eines neuen Energieabkommens mit dem Irak, nachdem der irakische Premierminister Nouri al-Maliki diese Woche Brüssel einen Besuch abgestattet hat. Das Abkommen ist Teil der Bemühungen der EU, ihre Energieversorgung zu diversifizieren.

### **18. April**

Soziales Europa: Der Europäische Gerichtshof stärkt die Rechte von Angestellte mit befristeten Arbeitsverträgen, die durch das Urteil ähnliche Rechte erhalten werden wie fest angestellte Mitarbeiter.

### **21. April**

Umwelt: Das Parlament verabschiedet die Richtlinie „über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt“. Erstmals werden die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, bestimmte vorsätzlich oder grob fahrlässig begangene Handlungen, die die Umwelt schädigen, als Straftaten zu betrachten und unter Strafe zu stellen. Die strafrechtlichen Sanktionen müssen wirksam, angemessen und abschreckend sein.

### **23. April**

Erweiterung und Nachbarn: Die slowenische EU-Ratspräsidentschaft verkündet die Eröffnung von Gesprächen zwischen der EU und Kroatien in den Bereichen Energie und Verkehr. Dies erhöht die Zahl der geöffneten Verhandlungskapitel auf 18 von insgesamt 35, die abgeschlossen werden müssen, bevor das Land der EU beitreten kann.

Außenpolitik: Die Europäische Union und Japan kommen in Tokyo zu ihrem Gipfeltreffen zusammen. Im Mittelpunkt stehen die Gespräche über die Energiesicherheit, die aktuelle Lage der Weltwirtschaft, der Klimawandel, die Welthandelsorganisation sowie die politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen der EU und Japan.

Wissenschaft und Forschung: Das Parlament verabschiedet eine Verordnung, die Sicherheitsanforderungen und Ausschreibungsregeln für die beiden Programme Galileo und EGNOS festlegt.

### **24. April**

Vertrag und Institutionen der EU: Das portugiesische, dänische und österreichische Parlament sowie der deutsche Bundestag ratifizieren den Vertrag von Lissabon.

Inneres und Justiz: Das Parlament nimmt einen Bericht zum Haushaltsrahmen und den Prioritäten für 2009 an. Darin unterstreicht das Parlament die Bedeutung des Grundsatzes der „wirtschaftlichen Haushaltsführung“. Auch müsse der Grundsatz der Solidarität mit den Regionen weiterhin zu den Leitprinzipien der EU zählen.

### **25. April**

Migration und Mobilität: Die großen EU-Institutionen einigen sich auf ein gemeinsames europäisches Vorgehen für die Rückführung von illegalen Einwanderern in ihre Herkunftsländer. Die EU-Länder werden bald mehr Befugnisse haben, um illegale Immigranten in ihre Heimat zurückzuschicken.

Handel und Industrie: Die EU ruft einen hochrangigen chinesisch-europäischen Dialog für Wirtschaft und Handel in Peking ins Leben, dessen wichtigstes Ziel es ist, das größer werdende Handelsdefizit zwischen der EU und China zu beheben.

### **29. April**

Erweiterung und Nachbarn: Das türkische Parlament nimmt einen Gesetzesentwurf an, der einen umstrittenen Artikel im türkischen Strafgesetzbuch lockert, nach dem Kritik an der türkischen Identität verboten ist. Dieser Schritt war von der EU als eine Grundvoraussetzung für den Beitritt des Landes bestimmt worden.

Klimawandel: Die Europäische Investitionsbank (EIB) und vier weitere öffentliche Finanzinstitute schaffen einen Fonds im Wert von 125 Millionen Euro, um Investitionen in Projekte für saubere Energie zu fördern, mit denen nach 2012 „Kohlenstoffkredite“ geschaffen werden sollen.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern der Russischen Föderation.



### **30. April**

Erweiterung und Nachbarn: Die Außenminister der EU und der serbische Präsident Boris Tadic unterzeichnen ein Vorbeitrittsabkommen. Serbiens nationalistischer Premierminister Vojislav Kostunica hat dieses Abkommen umgehend für rechtswidrig erklärt.

Wissenschaft und Forschung: Die Kommission ruft gemeinsam mit der Pharmaindustrie eine Forschungsinitiative ins Leben, um die Entwicklung neuer Medikamente zu fördern und Entwicklungskosten zu senken.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit dem Außenminister Neuseelands.

## **Mai**

### **05. Mai**

Energieversorgung: Die Kommission stimmt detaillierte Bedingungen für nationale Energieriesen in Frankreich und Deutschland, unter denen sie ihr Eigentum an Energieübertragungsanlagen aufrechterhalten können. Mit diesem Schritt soll ein Kompromiss über ihre umstrittenen Vorschläge zur Öffnung der Gas- und Strommärkte erlangt werden.

### **06. Mai**

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission ruft eine Initiative ins Leben, mit der Investitionen in den südlichen und östlichen Partnerländern erhöht werden sollen. Das Hauptaugenmerk liegt auf Projekten für Infrastruktur in den Bereichen Energie, Verkehr und Umwelt.

Energieversorgung: Das Parlament lehnt eine französisch-deutsche Alternative zum Vorschlag der Kommission für die Liberalisierung des Elektrizitätsmarkts ab. Die Europaabgeordneten stimmten ebenfalls gegen einen Ersatzplan der Kommission, ein strenges Regulierungssystem einzuführen, das von einem unabhängigen Systembetreiber kontrolliert werden würde.

Soziales Europa: Die Kommission legt gestern Pläne vor, nach denen die gegenwärtige sozialpolitische Agenda aktualisiert und besser in den gesamtpolitischen Rahmen der EU integriert werden soll. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Unterstützung eines grenzüberschreitenden Gesundheitswesens, der Stärkung der Rechte von Arbeitnehmern und der Entwicklung eines besseren Bildungssystems.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern der Türkei.

### **08. Mai**

Umwelt: Das Parlament setzt eine Liste mit den gefährlichsten Substanzen wieder ein, die nicht ins Wasser gelangen dürfen. Die EU-Mitgliedstaaten hatten diesen Vorschlag bereits vor einem Jahr abgelehnt.

Wirtschaft und Euro: Die Kommission legt dem Parlament anlässlich des zehnten Geburtstages des Euro einen Bericht vor, der den Erfolg der gemeinsamen Währung lobt, jedoch bedauert, dass es der Eurozone nicht ausreichend gelinge, auf der Weltbühne geschlossen aufzutreten. Unterdessen hat die Kommission den Beitritt der Slowakei zur Eurozone zum 1. Januar 2009 gebilligt.

Vertrag und Institutionen der EU: Das lettische und litauische Parlament ratifiziert den Vertrag von Lissabon.

### **11. Mai**

Erweiterung und Nachbarn: Trotz eines Sieges bei den Parlamentswahlen in Serbien ist das pro-europäische Lager um Präsident Boris Tadic nicht in der Lage, alleine zu regieren und könnte somit von der Sozialistischen Partei abhängig sein, um die Regierung zu bilden.

### **13. Mai**

Wirtschaft und Euro: Die Finanzminister der Eurozone kritisieren die Zahlungen von umfangreichen Bonussen und Abfindungen an Topmanagern, mit Verweis auf die Mahnung an Durchschnittseuropäer nur bescheidene Gehaltserhöhungen zu fordern.

### **16. Mai**

Außenpolitik: Die Staats- und Regierungschef der Europäischen Union, Lateinamerikas und den Staaten der Karibik kommen in Lima zu ihrem fünften Gipfeltreffen zusammen. Im Mittelpunkt stehen Gespräche über die Stärkung der strategischen und wirtschaftlichen Partnerschaft zwischen den beiden Regionen sowie der Klimawandel und die Energieversorgung.

## **20. Mai**

Handel und Industrie: Die Kommission berichtet, Beschlagnahmungen von Fälschungen an den externen Grenzen der EU sind um 17% gestiegen. Der größte Anteil der beschlagnahmten Produkte stammt dabei aus China.

Nachhaltige Entwicklung: Die Kommission legt Pläne für den „Health Check“ der Gemeinsamen Agrarpolitik vor. Diese empfehlen unter anderem die Abschaffung von Flächenstilllegungen, weniger produktionsbezogenen Zahlungen und mehr Gelder für ländliche Entwicklung sowie die Aufstockung der Milchquote um 1% bis zu ihrem Auslaufen 2015, um ein „sanfte Landung“ zu ermöglichen. Laut Parlament bleiben diese Vorschläge jedoch hinter den im vergangenen Jahr angekündigten Korrekturen der Reform der Agrarpolitik weit zurück.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit dem Außenminister Nigerias.

## **21. Mai**

Umwelt: Das Parlament stimmt für einen Kompromiss, mit dem ab dem 15. März 2011 alle Quecksilberexporte aus der EU verboten werden sollen und die Sicherheit der Lagerung von Überschüssen verbessert werden soll.

Verbraucher: Das Parlament unterstützt Pläne der Kommission, nach denen EU-Bürgern ein Mechanismus für das Einreichen von Sammelklagen („collective redress“) zur Verfügung gestellt werden soll, mit dem grenzübergreifende Beschwerden von Verbrauchern beigelegt werden können.

Erweiterung und Nachbarn: Das Parlament nimmt einen sehr kritischen Bericht über die Türkei an, in dem es seine Sorge über fehlende Reformen und über die Verhandlungen über das Verbot der Partei AKP, zum Ausdruck bringt.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament stimmt über zwei Verordnungen zur „Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers“ sowie zum „Zugang zum Güterkraftverkehrsmarkt“. Die Abgeordneten votierten unter anderem für die Aufhebung der Kabotagebeschränkungen zum 1. Januar 2014.

## **22. Mai**

Klimawandel: Das Parlament nimmt eine Entschließung an, die feststellt, die wissenschaftliche Erforschung des Klimawandels sei „ausreichend vorangeschritten“ und die EU-Länder und andere Industrienationen müssten ihre Bemühungen intensivieren, um zu vermeiden, dass die weltweiten Durchschnittstemperaturen um mehr als zwei Grad Celcius über das vorindustrielle Niveau ansteigen.

## **22.-23. Mai**

Energieversorgung: Das Europäische Kernenergieforum trifft sich zum zweiten Mal. Die italienische Regierung kündigte an, sie werde nach dem 20 Jahre andauernden Ausstieg aus der Atomenergie wieder mit dem Bau von Kraftwerken beginnen.

## **23. Mai**

Vertrag und Institutionen der EU: Der Bundesrat nimmt den Vertrag von Lissabon an.

## **26. Mai**

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission nimmt offiziell mit Bosnien Gespräche über visafreies Reisen auf. Unterdessen wurde der 16. Juni als Stichtag für die endgültige Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens bestimmt.

## **29. Mai**

Sport: Die Kommission bestimmt, dass EU-Mitgliedstaaten Vertragsverletzungsverfahren riskieren, wenn ihre nationalen Fußballligen die auf Nationalität basierenden Quoten der FIFA für Spieler anwenden, da dies die Grundsätze der Nichtdiskriminierung und der Freizügigkeit von Arbeitern verletze.

## **30. Mai**

Public Affairs: Die Kommission hat einen Verhaltenskodex angenommen, der das Verhalten von Lobbyisten regeln soll und als ein Vorläufer des freiwilligen Registers zu verstehen ist, das im Juni 2008 veröffentlicht wird.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern Indiens.

## Juni

### 01. Juni

Erweiterung und Nachbarn: Ethnische Gewaltakte überschatteten die ersten Parlamentswahlen in Mazedonien und stellen einen schweren Rückschlag für die EU-Beitrittsbestrebungen des Landes dar.

### 02. Juni

Sprachen und Kultur: Der Kommissar für Mehrsprachigkeit, Leonard Orban und der chinesischen stellvertretenden Bildungsminister, Zhang Xinheng rufen das EU-Sprachaustauschprogramm „EU Window“ ins Leben. 200 europäische LehrerInnen und 400 SchulleiterInnen werden innerhalb der nächsten vier Jahre an diesem Austauschprogramm mit China teilnehmen, um ihre Sprachkenntnisse zu verbessern sowie ein besseres Verständnis der chinesischen Kultur zu erlangen.

### 03. Juni

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit dem Außenminister Süd-Afrikas.

### 03.-09. Juni

Umwelt: In Brüssel findet zum achten Mal die „Grüne Woche“ statt, die größte jährliche Veranstaltung der Europäischen Union zum Thema Umwelt. Über 3.000 Delegierte diskutierten über aktuelle Entwicklungen und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt.

### 05. Juni

Finanzdienstleistungen: Das Parlament billigt einen Bericht, der mehr Transparenz der Bankenkosten fordert und eine Art „Ryanair-Modell“ für Privatkundenbanken vorschlägt. Damit zielt das Parlament auf eine vermehrte Bereitstellung von einzelnen Dienstleistungen anstelle von Paketen ab, um eine erhöhte Mobilität der Kunden zu ermöglichen und den Wettbewerb unter Banken zu erhöhen.

Erweiterung und Nachbarn: Das türkische Verfassungsgericht erklärt eine Abstimmung im Parlament für ungültig, die das Verbot des Tragens von Kopftüchern an Universitäten aufheben wollte.

### 06. Juni

Energieversorgung: Die Energieminister der EU einigen sich auf einen „allgemeinen Ansatz“ für die Öffnung der Gas- und Strommärkte, mit dem verhindert wird, dass integrierte Unternehmen ihre Übertragungsnetze verkaufen müssen.

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern Brasiliens.

### 09. Juni

Außenpolitik: Die EU-Troika trifft sich mit Regierungsvertretern der Volksrepublik Chinas.

### 10. Juni

Verkehr und Dienstleistungen: Während eines bilateralen Gipfels legen die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Präsidenten einen langwierigen Streit über die Pläne der Europäischen Kommission zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von neuen Autos bei.

### 11. Juni

Erweiterung und Nachbarn: Die Kommission organisiert eine internationale Geberkonferenz für den Kosovo in Brüssel, um den neuen unabhängigen Staat dabei zu unterstützen, demokratische Institutionen aufzubauen sowie um Projekte in den Bereichen Infrastruktur und Ausbildung zu fördern. Die Teilnehmer der Konferenz machten dabei Zusagen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Der Beitrag der EU beläuft sich auf 508 Millionen Euro.

### 12. Juni

Infogesellschaft: EU-Minister lehnen den Plan der Kommission, eine neue EU-weite Telekommunikationsbehörde zu schaffen ab.

### 13. Juni

Prioritäten der EU und öffentliche Meinung: Die Bürger Irlands, dem einzigen EU-Land, in dem ein Referendum zum Vertrag von Lissabon abgehalten wird, haben den Reformvertrag abgelehnt. Bei einer Wahlbeteiligung von 53,1, stimmen 53,4% der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon, 46,6% dafür. Kommissionspräsident José Manuel Barroso wertete das Ergebnis nicht als eine Abstimmung gegen die EU und verwarf Forderungen, Irland zu isolieren.

### **16. Juni**

Außenpolitik: Die Staats- und Regierungschef der Europäischen Union und der USA halten ihr jährliches Gipfeltreffen ab. Im Mittelpunkt stehen Gespräche über die bilaterale transatlantische Partnerschaft, sicherheitspolitische Themen sowie regionale und globale Herausforderungen.

Außenpolitik: Der Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen zeichnet ein wichtiges Vorbeitrittsabkommen mit Bosnien.

### **17. Juni**

Erweiterung und Nachbarn: Die EU eröffnet zwei weitere Verhandlungskapitel mit Kroatien und der Türkei.

Umwelt: Das Parlament verabschiedet die neuen EU-Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik. Es werden insgesamt 33 verschiedene Stoffe aufgelistet, die als höchst bedenklich gelten, darunter hauptsächlich Pestizide und Schwermetalle, vor deren Risiken die Umwelt sowie die menschliche Gesundheit geschützt werden soll.

Umwelt: Das Parlament verabschiedet die EU-Abfallrahmenrichtlinie, mit der die EU eine neue Abfallgesetzgebung erhält, die unter anderem Ziele für die Wiederverwendung und das Recycling von Abfall vorsieht, die bis 2020 zu erreichen sind.

### **18. Juni**

Migration und Mobilität: Das Parlament verabschiedet die EU-Rückführungsrichtlinie. Diese enthält allgemein gültige Bedingungen für die Rückführung von illegalen Einwanderern.

Energieversorgung: Das Parlament verabschiedet das so genannte „Energiepaket“ und spricht sich für eine „umfassende eigentumsrechtliche Entflechtung“ von Stromproduktion und -verteilung aus. Mit dem Energiepaket soll das Funktionieren des europäischen Elektrizitätsbinnenmarkts gefördert und der Wettbewerb gestärkt werden. Das Paket besteht aus drei Teilen: einer „Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt“, einer Verordnung über „die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel“ sowie einer Verordnung zur „Gründung einer Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden.“

### **19. Juni**

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament verabschiedet die Richtlinie „über ein Sicherheitsmanagement für die Straßenverkehrsinfrastruktur“. Vorgesehen sind darin unter anderem, regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen, damit sicherheitsrelevante Merkmale erkannt und Unfälle verhindert werden können.

### **19.-20. Juni**

Vertrag und Institutionen der EU: Die Staats- und Regierungschefs kommen zum Europäischen Rat in Brüssel zusammen. Zentrale Themen des Gipfels sind dabei die Zukunft des Vertrags von Lissabon, nach dem negativen Referendum der irischen Bürger, die politischen Auswirkungen der hohen Lebensmittel- und Erdölpreise, die europäische Perspektive gegenüber den Staaten des westlichen Balkans sowie die EU als Raum für Freiheit, Sicherheit und Recht.

### **22. Juni**

Energieversorgung: Der Kommissar für Energie Andris Piebalgs reist auf Einladung des saudischen Ölministers Al Naimi zum Ölpreisgipfel nach Dschidda. Dort fordert Piebalgs eine Partnerschaft zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern, um den Ölpreis dauerhaft zu senken.

Vertrag und Institutionen der EU: Das Parlament unterstützt den Entschluss der Staats- und Regierungschefs, trotz des irischen ‚Neins‘ mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon fortzufahren.

### **23. Juni**

Public Affairs: Die Kommission eröffnet ein freiwilliges Register für Interessenvertreter, die auf die Politikgestaltung und Entscheidungsprozesse der europäischen Institutionen Einfluss nehmen wollen. Damit die Beziehungen zwischen Lobbys und Kommission transparenter werden, müssen die Interessenvertreter bei ihrer Registrierung unter anderem Finanzinformationen offen legen und einem Verhaltenskodex zustimmen.

Erweiterung und Nachbarn: Die serbischen Sozialisten einigen sich darauf, eine Regierung mit dem pro-europäischen Lager des Präsidenten Boris Tadic zu bilden.

### **24. Juni**

Erweiterung und Nachbarn: Auf dem EU-Russland-Gipfel in Sibirien werden die vielfach aufgeschobenen Verhandlungen über einen umfassenden bilateralen Vertrag aufgenommen.

Umwelt: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei verbietet die Vermarktung und den Einsatz von Wirkstoffen, die als krebserregend, erbgutverändernd und fortpflanzungsgefährdend eingestuft wurden.

Verkehr und Dienstleistungen: Der Umweltausschuss des Parlaments stimmt für eine zeitnähere Umsetzung von Plänen, die Regierungsbehörden dazu verpflichten, sicherzustellen, dass öffentliche Verkehrsmittel und andere Gebrauchsfahrzeuge umweltfreundlich und energieeffizient sind.

## **Juli**

### **01. Juli**

Vertrag und Institutionen der EU: Frankreich übernimmt für die kommenden sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Schwerpunkt der französischen Ratspräsidentschaft ist die Rettung des Vertrags von Lissabon. Daneben sind die zentralen Themen der Präsidentschaft Energie und Klimawandel, Einwanderung, Verteidigung sowie die Agrarpolitik.

### **02. Juli**

Soziales Europa: Die Kommission legt eine überarbeitete sozialpolitische Agenda der EU vor. Sie enthält Vorschläge für einen verstärkten Kampf gegen Diskriminierung sowie für die Verbesserung der Rechte der Arbeiter und der länderübergreifenden Gesundheitspflege enthalten.

### **03. Juli**

Erweiterung und Nachbarn: Der zypriotische Präsident Demetris Christofias und der politische Anführer der türkischen Gemeinschaft Mehmet Ali Talat erzielten einen bedeutenden Durchbruch in ihren Verhandlungen, die auf eine Wiedervereinigung des Landes abzielen.

### **07. Juli**

Verkehr und Dienstleistungen: Der Umweltausschuss des Parlaments stimmt dafür, das vorgeschlagene EU-weite 10%-Ziel für Biokraftstoffe bis 2020 auf 4% bis 2015 herabzusetzen.

### **08. Juli**

Vertrag und Institutionen der EU: Das niederländische Parlament ratifiziert den Vertrag von Lissabon.

Verkehr und Dienstleistungen: Das Parlament stimmte dafür, ab 2012 die Emissionen aller Fluggesellschaften, die in Europa starten und landen Luftfahrt in den EU-Emissionshandelssystemen (EU-ETS) einzubeziehen.

Wirtschaft und Euro: Der Rat Wirtschaft und Finanz stimmt der Einführung des Euros als Währung in der Slowakei zum 01. Januar 2009 zu.

Verbraucher: Das Parlament verabschiedet die neue EU-Gesetzgebung für die Genehmigung von Lebensmittelzusatzstoffen, Aromen und Enzymen. Die neuen Regelungen sollen nicht nur dazu beitragen, dass Lebensmittel EU-weit leichter angeboten werden können, sondern auch den Schutz der menschlichen Gesundheit sowie den Schutz der Verbraucher auf hohem Niveau sichern.

### **09. Juli**

Vertrag und Institutionen der EU: Das Parlament verabschiedet eine neue Regelung für die Gründung einer Fraktion. Nach der Europawahl 2009 wird sind mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten nötig, um eine Fraktion im EP zu bilden.

Energieversorgung: Das Parlament stimmt über die Reform des EU-Erdgasmarkts. Ziel ist die Schaffung eines wettbewerbsorientierten, sicheren und ökologisch nachhaltigen Erdgasbinnenmarkts. Das EP spricht sich dafür aus, die Mitgliedstaaten zwischen zwei Möglichkeiten der Übertragungsnetzentflechtung wählen zu lassen: einer vollständigen eigentumsrechtlichen Entflechtung oder einem unabhängigen Übertragungsnetzbetreiber.

### **10. Juli**

Bildung: Die Kommission stellt ihren Jahrsbericht über die Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf die Bildungsziele vor, die sie sich im Rahmen der Lissabon-Strategie gesetzt haben. Bis auf die Leseschwäche, haben die Mitglieder in allen anderen Bereichen (Sekundarabschluss, Schulabbruch, Abschlüsse in Mathematik, Naturwissenschaften und im Bereich Technik sowie Erwachsenenbeteiligung an lebensbegleitenden Maßnahmen) Fortschritte erzielt.

### **13. Juli**

Erweiterung und Nachbarn: Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten und der Mittelmeerpartnerländer sowie Vertreter der Kommission kommen auf dem Paris-Gipfel zusammen, um die Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ auf den Weg zu bringen. Mit diesem Projekt sollen die Beziehungen zwischen Europa und dem Mittelmeerraum vertieft und neue Schwerpunkte gesetzt werden.

### **14.-18. Juli**

Außenpolitik: Vertreter der Kommission und der Länder Zentralamerikas kommen in Brüssel zur vierten Runde der Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen zwischen den beiden Regionen zusammen. Ziel ist es, 2009 ein umfassendes Abkommen zu schließen, mit dem der politische Dialog zwischen den beiden Regionen verstärkt, die Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen intensiviert und eine Freihandelszone zwischen der EU und Zentralamerika errichtet werden soll.

### **16. Juli**

Lebensmittel und Landwirtschaft: Der Rat Landwirtschaft und Fischerei billigt eine Soforthilfemaßnahme im Wert von zwei Milliarden Euro, um Fischer dabei zu unterstützen, sich auf die steigenden Kraftstoffpreise einzustellen.

Handel und Industrie: Die Kommission legt ihr Grünbuch „Urheberrechte in der wissensbestimmten Wirtschaft“ vor. Dieses befasst sich unter anderem mit der Verbreitung von Informationen, die für Forschung, Wissenschaft und Unterricht von Belang sind und mit der Rolle des Urheberrechts in der wissensbestimmten Gesellschaft.

### **17. Juli**

Infogesellschaft: Die Kommission entscheidet, gegen einige Vorgehensweisen hinsichtlich der Handhabung des Urheberrechts vorzugehen.

Energieversorgung: Der Europäische Gerichtshof entscheidet, dass Spanien die Binnenmarktregelungen der EU verletzt hat, als es im Jahr 2007 darauf bestand, dass alle Fusionen in der Energiebranche vorab von der nationalen Energieregulierungsbehörde gebilligt werden müssten.

### **22. Juli**

Vertrag und Institutionen der EU: Der französische Präsident und EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy tritt zu einer Reise nach Dublin an, um die Gründe für die irische Ablehnung des Vertrags von Lissabon zu diskutieren und neue Lösungen für die Situation zu finden.

Erweiterung und Nachbarn: Die Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen unterzeichnet ein Assoziierungsabkommen mit der Ukraine, das dem Land jedoch nicht die Aussicht auf die EU-Mitgliedschaft anbietet.

Public Affairs: Die Kommission veröffentlicht einen Bericht, in dem es heißt, das Schadensvolumen der Unregelmäßigkeiten und des mutmaßlichen Betrugs bei der Verwendung von EU-Mitteln durch die Mitgliedstaaten der Union nehme immer weiter zu.

Vertrag und Institutionen der EU: Der euroskeptische tschechische Präsident Vaclav Klaus bestätigte, dass er die Ratifizierung des Vertrags von Lissabons seines Landes nicht unterzeichnen werde, bevor dieser nicht auch von Irland ratifiziert worden sei.

### **25. Juli**

Erweiterung und Nachbarn: Griechische und türkische Zyprioten einigen sich darauf, direkte Gespräche über die Wiedervereinigung der Insel aufzunehmen.

### **30. Juli**

Erweiterung und Nachbarn: Das türkische Verfassungsgericht entscheidet, die Regierungspartei AKP nicht zu verbieten, aber die Hälfte der öffentlichen Finanzhilfen an die Partei zu streichen.

### **31. Juli**

Migration und Mobilität: Der Europäische Gerichtshof stärkt mit einem Urteil das Recht auf Familienzusammenführung. Darin gesteht das Gericht auch den Ehepartner und Familien von EU-Bürgern das Recht auf Freizügigkeit sowie die Aufenthaltsrechte zu, gleichgültig, welche Staatsangehörigkeit die Angehörigen hätten.